Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Personalausschusses - Stellenplanberatungen

am Donnerstag, den 08.11.2018

im Sitzungssaal des Stadthauses, Joh.-Seb.-Bach-Platz 1

Beginn:	14:00 Uhr
Ende	15:15 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda

Ausschussmitglieder

Beyer-Nießlein, Elke
Bock, Dieter
Bucka, Markus, Dr.
Hayduk, Ingo
Hillermeier, Joseph
Illig, Richard
Kupser, Paul, Dr.
Link, Gert
Meyer, Boris-Andrè — Vertretung für Herrn Uwe Schildbach
Reisner, Frank
Sauerhöfer, Jochen
Schober, Manfred

Schriftführerin

Billenstein, Monika

Verwaltung

Buntebarth, Lisa-Marie
Schehl, Walter
Schubert, Jonas
Steinhäuser, Stefan
Tischer, Daniela

Referenten

Büschl, Jochen
Jakobs, Christian
Kleinlein, Udo

Schlieker, Ute
Schwarzbeck, Hans

Weitere Anwesende

Frau Kleinschrot (FLZ)

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Schildbach, Uwe	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Neuschaffung von Planstellen

TOP 1.1 Ausweisung einer Planstelle im Bereich "Herberge zur Heimat/Betriebsdienst" (Einwertung: pw/hhr EG 4 TVöD)

TOP 1.2 Ausweisung von vier Planstellen im Bereich "Kinderhaus Kunterbunt" für Erzieher/innen (Einwertung: pw/hhr EG S 8a TVöD)

TOP 1.3 Ausweisung von drei Planstellen im Bereich "Kinderhaus Kunterbunt" für Kinderpfleger/innen (Einwertung: pw/hhr EG S 3 TVöD)

TOP 1.4 Ausweisung von zwei Planstellen im Bereich "Integrierte Leitstelle" für Disponent/innen (Einwertung: pw/hhr EG 9a TVöD)

TOP 1.5 Ausweisung einer Planstelle im Bereich "Verkehrsplanung" im Amt für Stadtentwicklung und Klimaschutz (Einwertung: pw/hhr EG 11 TVöD)

TOP 1.6 Ausweisung einer Planstelle im Bereich "Integrierte gesamtstädtische Entwicklung" im Amt für Stadtentwicklung und Klimaschutz (Einwertung: pw/hhr EG 11 TVöD)

TOP 2 Stellenplan handwerklicher Bereich

TOP 3 Anfragen/Bekanntgaben

TOP 4 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Oberbürgermeisterin Carda Seidel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Personalausschusses - Stellenplanberatungen geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Neuschaffung von Planstellen

TOP 1.1	Ausweisung einer Planstelle im Bereich "Herberge zur Heimat/Betriebsdienst" (Einwertung: pw/hhr EG 4 TVöD)

Herr Steinhäuser nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage.

Vorgeschlagen wird, die zusätzliche Ausweisung einer Planstelle (Besetzung mit 0,7 VK) im Bereich der Herberge zur Heimat im Stellenplan 2019 vorzunehmen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.2	Ausweisung von vier Planstellen im Bereich "Kinderhaus Kunterbunt" für Erzieher/innen (Einwertung: pw/hhr EG S 8a TVöD)

Herr Steinhäuser nimmt Bezug auf den Antrag des Fachamtes und fasst den Sachverhalt kurz zusammen.

Es wird vorgeschlagen, im Stellenplan 2019 im Bereich des Kinderhauses Kunterbunt vier Planstellen für Erzieher/innen mit der tariflichen Einwertung pw/hhr EG S 8a TVöD auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.3	Ausweisung von drei Planstellen im Bereich "Kinderhaus Kunterbunt" für Kinderpfleger/innen (Einwertung: pw/hhr EG S 3 TVöD)

Herr Steinhäuser verweist auf den Antrag des Fachbereiches.

Vorgeschlagen wird, drei Planstellen im Bereich des Kinderhauses Kunterbunt für Kinderpfleger/innen mit einer tariflichen Einwertung pw/hhr EG S 3 TVöD im Stellenplan 2019 auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.4 Ausweisung von zwei Planstellen im Bereich "Integrierte Leitstelle" für Disponent/innen (Einwertung: pw/hhr EG 9a TVöD)

Herr Steinhäuser gibt bekannt, dass im Bereich der Integrierten Leitstelle der zusätzliche Bedarf von 1,5 Disponentenstellen vom Zweckverband zu 100 % gegenfinanziert wird.
Für den Mehrbedarf von 0,5 VK im Bereich des Digitalfunkes ist vom Freistaat Bayern ein Zuschuss in Höhe von 30.000,00 € / Jahr zu erwarten.

Vorgeschlagen wird, im Stellenplan 2019 die Ausweisung von zwei Planstellen im Bereich der Integrierten Leitstelle für Disponenten/innen mit einer tariflichen Einwertung pw/hhr EG 9a TVöD vorzusehen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.5 Ausweisung einer Planstelle im Bereich "Verkehrsplanung" im Amt für Stadtentwicklung und Klimaschutz (Einwertung: pw/hhr EG 11 TVöD)

Frau OB Seidel stellt dar, dass dieser Bedarf insbesondere durch einen vertieften Abstimmungsbedarf mit dem Staatlichen Bauamt Ansbach als Straßenbaulastträger, den verschiedenen Interessengruppen (Behinderten- und Gleichstellungsverbände, Verkehrsinitiativen und –vereine), der Regierung von Mittelfranken, der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei, der Kommunikation mit Bürgern und die Beantwortung von Anfragen aus der Öffentlichkeit sowie den Politischen Gremien ausgelöst wird. Gleichzeitig wird auch die Bewältigung der Bauherrenaufgaben als kommunaler Straßenausbaulastträger komplexer aufgrund der wachsenden Ansprüche an den öffentlichen Raum (Barrierefreiheit, Fuß- und Radverkehr, gestalterische Qualität, Klimagerechtigkeit etc.) und dem damit einhergehenden verstärkten Abstimmungsbedarf auch mit dem Tiefbauamt. Auch die Umsetzung und Fortentwicklung bestehender Konzepte wie das Radverkehrskonzept ist eine zeit- und arbeitsintensive Aufgabe. Hinzu kommen aufwendige Ingenieurstätigkeiten wie Verkehrsmodellierung, Überwachung von Gutachten (z. B. im Bereich des Verkehrslärms) und vergaberechtlich geprägte Tätigkeiten im Bereich der Vergabe von Leistungen im ÖPNV.

Herr Büschl weist darauf hin, dass zwischenzeitlich größere Aufträge extern vergeben werden müssen, da diese nicht mehr zu bewältigen sind.

Herr StR Sauerhöfer hat Bedenken dahingehend, im Ingenieurbereich eine Teilzeitkraft für 19,5 bzw. 20 Wochenstunden zu finden. Weiter weist er darauf hin, dass im Bereich des Hochbauamtes und Tiefbauamt nach wie vor jeweils eine Planstelle unbesetzt ist.

Herr Steinhäuser erklärt, dass es sich im Tiefbauamt um die Nachbesetzung der Sachgebietsleitung handele, welche schon mehrfach ausgeschrieben wurde. Bei der Stelle im Hochbauamt wurden die Aufgaben zwischenzeitlich anderweitig organisiert.

Es wird vorgeschlagen, im Stellenplan 2019 für den Bereich „Verkehrsplanung“ im Amt für Stadtentwicklung und Klimaschutz eine Planstelle (Besetzung mit 0,5 VK) mit der tariflichen Einwertung pw/hhr EG 11 TVöD auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 1.6	**Ausweisung einer Planstelle im Bereich "Integrierte gesamtstädtische Entwicklung" im Amt für Stadtentwicklung und Klimaschutz (Einwertung: pw/hhr EG 11 TVöD)**

Frau OB Seidel betont die Notwendigkeit einer Verstetigung der durch die Erstellung des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK)“ angestoßenen Prozesse. Genannt seien hier beispielhaft die Umsetzung des „Ansbacher Wohnbaumodells“, das Konzept zum „Feierabendmarkt“ sowie dessen Umsetzung, eine gezielte und gebündelte Innenstadtentwicklung der Kernstadt, die Entwicklung eines Dach- und Fassadenbegrünungsförderprogramms und Beauftragung sowie Koordinierung von Maßnahmen zur Quartiersentwicklung.
Um diese Aufgaben fortführen zu können bzw. kontinuierlich wesentliche Aufgaben der Stadtentwicklung bearbeiten zu können, ist kompetentes Personal notwendig. Hinzu kommt das alltägliche Kümmern um diese und nicht zuletzt das Monitoring. Hier ist die Stadt Ansbach auch gegenüber dem Bund sowie dem Freistaat in der Verpflichtung, aktiv die Umsetzung sicherzustellen, um auch weiterhin in den Genuss von Städtebaufördermitteln zu kommen.
Hinzu kommt die geplante, notwendige Neuaufstellung des Ansbacher Flächennutzungsplanes, für die in jedem Fall Personal notwendig ist. Nachdem das ISEK eine Vorarbeit für diesen darstellt, bietet sich eine Bündelung dieser beiden Aufgaben an. Nachdem aber sowohl die Verstetigung des ISEK-Prozesses wie auch die gesamtstädtische Planung keine projekttypisch-kurzfristigen Aufgaben mit definiertem Zeithorizont sind, und selbst für die Neuaufstellung eines Flächennutzungsplanes ein Zeitraum von bis zu fünf Jahren angenommen werden kann, ist von einer befristeten Stelle abzusehen.

Herr StR Hayduk erklärt, dass die Stellenmehrung seines Erachtens im kommenden Jahr noch nicht notwendig ist.

Frau OB Seidel weist darauf hin, dass bereits im Vorfeld in interner Runde intensiv darüber beraten wurde, welcher Bedarf notwendig ist. Nachdem zwischenzeitlich für die STADTBAU ANSBACH in der Leitungsfunktion ein Bewerber gefunden wurde, ist es wichtig, das Besetzungsverfahren vorzubereiten.

Herr Steinhäuser gibt bekannt, dass zum 01.04.2019 die Leitungstätigkeit der STADTBAU ANSBACH aufgenommen wird und bis Mitte 2019 die Nachfolge von Herrn Jankowski noch zu regeln ist. Er gibt weiter zu bedenken, dass Planstellen noch kein Geld kosten.

Herr StR Meyer sieht es sehr wichtig, diesen Bereich besser auszustatten.

Vorgeschlagen wird, im Amt für Stadtentwicklung und Klimaschutz eine Planstelle im Bereich „Integrierte gesamtstädtische Entwicklung“ mit einer tariflichen Einwertung pw/hhr EG 11 TVöD im Stellenplan 2019 auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 2 Stellenplan handwerklicher Bereich

Herr Steinhäuser nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und weist darauf hin, dass bislang die beiden Planstellen für die Verwaltungshausmeister irrtümlicherweise doppelt ausgewiesen waren, was nun korrigiert wurde. Die vorhandenen 114 Stellen im handwerklichen Bereich sollen im Haushaltsjahr 2019 beibehalten werden.

Die Verwaltung schlägt vor, den Stellenplan im handwerklichen Bereich 2019 mit 114 Planstellen auszuweisen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Anfragen/Bekanntgaben

Zusätzliche Planstelle - SG Schulverwaltung

Herr Steinhäuser gibt bekannt, dass der Antrag der Schulverwaltung aufgrund der bevorstehenden Organisationsuntersuchung durch den Kommunalen Prüfungsverband bis zu den Beratungen zum Stellenplan 2020 zurückgestellt werden wird.

Herr StR Dr. Kupser erklärt, dass vom Freistaat Bayern für das erforderliche Digitalisierungskonzept eine Gesamtförderung in Höhe von zwei Millionen Euro auf eine Zuweisungsdauer von vier Jahre zu erwarten ist. Die Stadt Ansbach würde als Sachaufwandsträger für 2019 eine Förderung i. H. von 580.000,00 € erhalten. Herr Dr. Kupser ist überzeugt, dass sich eine IT-Fachkraft durchaus rechnen würde.

Herr Jakobs teilt mit, dass bis Ende 2018 voraussichtlich die angeforderten Medienkonzepte vorliegen.

Frau OB Seidel gibt bekannt, dass in den nächsten Monaten das Gesamtprojekt Digitalisierung auf dem Programm steht und erst geklärt werden muss, wie viele Stellen effektiv gebraucht werden. Es wird zugesichert, zu gegebener Zeit auf die Mitglieder des Personalausschusses zuzukommen.

Zusätzliche Planstelle - Verkehrsüberwachung

Frau StRin Beyer-Nießlein bezieht sich auf die Sitzung des Personalausschusses vom 02.10.2018 und bittet um aktuellen Sachstand.

Herr Kleinlein erklärt, dass nach einem Ortstermin und anschließendem Gespräch mit den Beschäftigten der Verkehrsüberwachung zwischenzeitlich für die Abendstunden ein Sonderdienstplan – ohne Aufbau von zusätzlichen Überstunden und Präsenz zu den regulären Dienstzeiten – geschaffen wurde. Nähere Details werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Einstellung erforderlicher Haushaltsmittel

Herr StR Sauerhöfer erkundigt sich, ob die vorgeschlagenen Stellenmehrungen im Haushalt bereits veranschlagt sind.

Herr Steinhäuser erklärt, dass für die vorhandenen Kräfte im Kinderhaus Kunterbunt insgesamt 91.000,00 € berücksichtigt sind, es fehlt noch ein Anteil von 237.000,00 €.
Die Stellenmehrungen bei der Integrierten Leitstelle sind aufgrund von Zuschüssen kostenneutral.
Der zusätzliche Aufwand in der Herberge zur Heimat ist zum Teil eingestellt.
Die Stellungmehrungen im Bereich des Stadtentwicklungsamtes müssen noch veranschlagt werden (Mehraufwand 105.000,00 € / Jahr).

Bürgeramt – Nachbesetzungen

Herr StR Sauerhöfer erkundigt sich nach dem aktuellen Stand.

Herr Steinhäuser gibt bekannt, dass das Besetzungsverfahren für die Sachbearbeitung am Schalter zwischenzeitlich durchgeführt wurde.

Dient zur Kenntnis.

TOP 4	**Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)**

Die Geheimhaltung bleibt bestehen.

Bei folgenden Beschlüssen sind die Gründe für die Geheimhaltung entfallen:

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzung des Personalausschusses vom 02.10.2018 wurde durch Auflage genehmigt.

Carda Seidel
Oberbürgermeisterin

Monika Billenstein
Schriftführer/in